

Diese Zeitung erscheint  
jeweils Sonnabends.  
Preis monatlich durch  
die Post bezogen 40 Pf.  
Gingestaltungskosten Nr. 0482.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep.  
Druck von C. A. G. Meissner & So., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Präß, Hannover.  
Redaktionsstelle: Freitag morgen 9 Uhr.

Zuzelpreis:  
50 Pf. für die 3 gepl. Perleite.  
Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

### Das Verbandsjahr 1924.

#### 2. Das Finanzwesen.

Im Vorjahr haben wir noch mit Billionen und Billiarden gerechnet und waren deshalb arm. War sind wir 1924 auch nicht reich geworden, aber wir haben wieder festen Boden unter den Füßen. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß der Wertinhalt unserer Kasse über Nacht verschwindet, wie es in der Inflationszeit war. Allerdings könnte unser Kassenbestand und damit unsere Leistungsfähigkeit wesentlich höher sein, wenn die Mitgliedschaften immer den ihm ständigen Verdienst entsprechenden Beitrag geleistet hätten. Zum Teil sind an der Minderleistung in der Beitragsfrage die Ortsverwaltungen schuld. Das sind allerdings nur vereinzelte Ausnahmen. Der größte Teil der Zahlstellenleistungen war sich bewußt, was von der Höhe der Beiträge abhängt und obhängt, und hat entsprechend gehandelt.

Die Finanzergebnisse des Jahres 1924 mit denen des Jahres 1923 irgendwie in Vergleich zu sehen, ist ganz zwecklos. Möglich ist nur ein Vergleich mit dem letzten Normaljahr, und das ist das Jahr 1913. Was zwischen 1913 und Anfang 1924 liegt, fällt aus dem Rahmen normaler Entwicklung heraus und muß aus unseren Betrachtungen ausscheiden.

Die Einnahmen der Hauptkasse sehen sich wie folgt zusammen:

	1913	1924
M.	M.	
Einnahmen aus Beiträgen . . . . .	4 352 893,26	5 341 751,75
Sonstige Einnahmen . . . . .	181 890,75	153 105,68
Kassenbestand vom Vorjahr . . . . .	3 150 978,30	156 456,23
	17 685 762,31	5 651 313,68

Die Einnahmen aus Beiträgen warten, sind und bleiben die Hauptgrundlage für die Verbandsentnahmen überhaupt. Wie aus unserer Zusammenstellung ersichtlich ist, sind die Einnahmen aus Beiträgen im Berichtsjahr höher als 1913. Das hat aber seinen Grund in der größeren Mitgliederzahl des Jahres 1924. Die "sonstigen Einnahmen" fallen in der hier angegebenen Höhe bei Millionenbeträgen nicht allzu sehr ins Gewicht. Außerdem ist dieser Posten zu sehr von allerlei Zufälligkeiten abhängig und bleibt somit immer ein unsicherer Faktor. Anders ist es mit dem Kassenbestand, der in das Berichtsjahr mit übernommen wird. Am 1912 brachten wir in das nächste Jahr einen Bestand von über drei Millionen Mark, während aus 1923 nur eine Bagatelle herübergekommen werden konnte. Diese Tatsache wirkt sich dann selbstverständlich auch in der Bilanz aus.

Die sonstigen Einnahmen sehen sich aus den verschiedenen Posten und Teilstücken zusammen, so z. B.: Aus Zinsen und Mietbeträgen, aus verkauften Büchern, Broschüren und Karten, aus Abonnementsgeldern für den "Proletarier", aus Sammlungen, aus jahresgezahlten Beträgen usw. Es würde zu weit führen, das alles detailliert an dieser Stelle anzuführen.

Der Ausgabe-Etat bringt nunmehr gleichfalls wieder begriffliche Zahlen, unter denen man sich etwas vorstellen kann, insbesondere wenn Vergleichsmöglichkeiten vorhanden sind. Unter den Ausgaben erwecken erklärlicherweise die für Unterstützungszwecke veranschlagten Beträge das meiste Interesse und zudem können und sollen sie ja agitatorisch verwendet werden.

Es wurden verausgabt für Unterstützungszwecke:

	1913	1924
M.	M.	
an Arbeitslose . . . . .	427 499,38	520 612,80
an Reisende . . . . .	33 731,29	1 877,51
an Kranke . . . . .	1 036 124,33	406 228,90
Rechtskund . . . . .	19 721,06	16 172,58
Gemahrsregelten-Unterstützung . . . . .	55 509,07	11 115,28
Umzugsgeld . . . . .	44 031,76	7 653,10
Streichgeld . . . . .	91 202,30	83 160,19
Wohlage-Unterstützung . . . . .	3 593,55	39 722,90
Streikunterstützung . . . . .	801 242,75	762 429,40
	2 538 388,54	1 848 999,55

Die drei Ausgabeposten für Erwerbslose, die im Jahre 1913 zusammengezogen 1 552 367,95 Mk. betrugen, ergeben für 1924 die Summe von 928 719,20 Mk. Größer ist 1924 der für Rechtskund ausgegebene Betrag als 1913. Für Gemahrsregelten ist der Beitrag geringer, was nicht zu verwundern braucht, denn 1913 war das Schornsteinerium wieder besonders brutal. Heute stehen der Arbeiterschaft zudem einige Schutzbefreiungen gegen die Rigorosität vieler Unternehmer zur Seite. Dass das Umzugsgeld besonders gering ist, hat seinen Grund in der Hauptkasse in den bekannten Wohnungsvorstellungen. Wesentlich höher ist die Wohlage-Unterstützung. Ein Zeichen der Zeit. Die Streikunterstützung ist nicht ganz so hoch wie 1913. Immerhin ist der verausgabte Betrag erheblich, wenn man berücksichtigt, dass unsere Kasse zu Anfang des Jahres fast leer war, und dass wir zunächst

von der Hand in den Mund leben mussten, d. h. was wir einnahmen, ging sofort wieder hinaus.

Eine erhebliche Verkürzung der verschiedenen Umtauschen und Bedarfsgegenstände hat die sachlichen Ausgaben stark

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistr. 7, 2 Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002

grunde gelegt die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt der genannten Jahre. Es ergibt sich folgendes:

	1913	1924
M.	M.	
Gesamteinnahme pro Mitglied . . . . .	36,59	44,31
Gesamtausgabe pro Mitglied . . . . .	18,21	12,28
Kassenbestand pro Mitglied . . . . .	18,88	2,03
Von den Gesamteinnahmen ausgegeben in Prozenten . . . . .	49,77	85,84

Eine Befriedung der Finanzen kann nur durch die Beitragsregelung erfolgen. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, weil ja selbstverständlich unnötige Ausgaben sowieso nicht gemacht, durch Ersparnisse also nichts herangeholt werden kann. Dieser Hinweis sagt, was ist, und zeigt den einzigen gangbaren Weg zur Erlangung unserer notwendigen Kampffähigkeit.



gesiegt. Das ergibt sich aus einer Zusammenstellung der Gesamtausgaben, die wir hier zum Teil detailliert geben.

	1913	1924
M.	M.	
Für Unterstützungen alter Art . . . . .	2 539 306,54	1 848 999,55
Als Anteile der Zahlstellen . . . . .	764 193,62	1 755 628,71
Für Agitation . . . . .	115 956,64	274 079,16
Druck und Verband des Proletariers . . . . .	139 889,03	181 998,68
Gehälter und Versicherungsteilzüge . . . . .	70 917,23	140 245,24
Entschädigung für Sitzungen, Konferenzen, Verbandstag, Marktgeld usw. . . . .	19 155,16	20 288,81
Tarifverhandlungen . . . . .	—	30 976,34
Druckathen und Buchbinderearbeiten . . . . .	55 984,86	19 452,30
Baccaus, Möbel, Materialien usw. . . . .	18 273,09	24 954,46
Zeitung, Bücher und Honorar . . . . .	2 805,93	4 841,51
Als Rückzahlung, Rückerstattung oder Darlehen an die Zahlstellen . . . . .	62 956,28	274 601,12
Porto, Telefon und sonstige Ausgaben . . . . .	7 509,02	29 827,65
Beiträge an Gewerkschaftsbüro und Gewerkschaftsinternationale . . . . .	30 925,—	76 482,69
	3 825 239,40	1 682 116,22

In welcher Weise die Verbesserung für den sozialen Bedarf in Erscheinung trat, lässt sich am besten am "Proletarier" demonstrieren. 1913 befragten die Herstellungskosten 96 753,25 Mk. und stiegen im Jahre 1924 auf 153 072,47 Mk. Diese Mehrzusage wäre 1913 auch bei gleicher Auslage wie 1924 nicht zu verzeichnen gewesen. Die Herstellungskosten für den "Proletarier" haben sich nach den hier angegebenen Zahlen in den genannten Jahren von 2,5 auf 3,3 Prozent der Gesamtausgaben erhöht. Im allgemeinen sind die höheren Ausgaben zum Teil auf die ungefunde Preisgestaltung zurückzuführen, zum Teil aber auch auf die Ausdehnung unseres Verbandes und durch das erheblich erweiterte Tätigkeitsgebiet. Trotzdem können wir mit einem wesentlich günstigeren Ergebnis abschließen als im Jahre 1923. Wenn wir auch noch nicht Millionär sind, so haben wir doch Hoffnung und Aussicht, es zu werden. Es ergibt sich folgende

#### Bilanz für das Jahr 1924:

Einzahlungen der Hauptkasse . . . . .	5 494 857,45
Kassenbestand am 31. Dezember 1923 . . . . .	156 456,23
Gesamteinnahme für 1924 . . . . .	5 651 313,65
Ausgaben für 1924 . . . . .	4 682 116,22
Betragssobjekte . . . . .	163 812,02
Kassenbestand am 31. Dezember 1924 . . . . .	800 335,42

Der Kassenbestand ist immernoch um 643 929 Mk. höher als im Vorjahr. Damit sich aber nicht etwa manche Mitglieder einer Erhöhung hingeben in der Meinung, mit unserem Kassenbestand wäre nennenswertes anzutragen, sei gezeigt, dass dieser Betrag für unseren Verband etwas mehr als nichts bedeutet. In den nachfolgenden Zahlen ist der Kontrast der Finanzierung unseres Verbandes zwischen den Jahren 1913 und 1924 ersichtlich. Der Berechnung ist zu-

Zweck der Verbandschule soll sein: unseren Funktionären

für die praktische Arbeit das nötige Wissen zu vermitteln, ihnen die theoretische Erkenntnis für die Notwendigkeit, die Möglichkeit und Auswirkung gewerkschaftlicher Tätigkeit zu geben.

Durch die Vermittlung der Grundbegriffe der Soziologie, der Volkswirtschaft und des gewerkschaftlichen Werdens und Wirkens als zwangsläufig historische Tatsache soll ihnen Arbeitskraft und Glückssicherheit erwachsen, so dass sie die Waffen im Existenzkampf auf dem Boden des Rechts richtig zu handhaben lernen. Hierfür erhalten die Schüler besondere theoretische Unterweisung unter reicher Anwendung von Beispielen aus der Praxis. Fachleute des Arbeitserichts lehren die Hörer die Handhabung der Rechtsmittel. So sollen die Schüler geübt selbständige Menschen werden, damit sie in stande sind, am sozialen Aufstieg ihrer Kollegen und

damit der Arbeiterschaft mitzuwirken. Im großen ganzen erhalten die Schüler unserer Verbandschule also: einmal die Grundlagen geschichtlichen Werdens und sozialer Erkenntnis, die Elementarbegriffe für die selbständige Weiterbildung auf den für die Arbeiterschaft wichtigsten Gebieten, und ferner die Auleitung zur wirklichen Vertretung ihrer Arbeitskollegen. So erwachsen zweifellos dem Verbande allmählich tüchtige Funktionäre, die jetzt nicht mehr gefühlsmäßig, sondern bewusst gewerkschaftliche Aufgaben erfüllen.

Die Vortragsthemen und Lehrer waren:

Betriebsvertrag und Arbeitsrecht = O. Adler;  
Arbeitsvertrag nach HO und BGB = R. Schmidt;  
Geschichte und Theorie der Gewerkschaften = R. Thiemig;  
Volkswirtschaft = S. Präß; Sozialversicherung = R. Schmidt.

Die Vortragenden konnten sich zur Genüge überzeugen, daß in den vom 16. Februar bis 22. Mai absolvierten sieben Schulklassen eine Fülle von gutem Willen, Lernlust und Lernfähigkeit sich praktisch bewußt haben, so daß die Erfolgsmöglichkeiten ohne weiteres festgestellt werden können. Die Erfolge selbst werden sich in absehbarer Zeit auswirken.

Um ein Durchschnittsresultat ziehen zu können, erhießt jeder Teilnehmer einen Fragebogen, den er auszufüllen hatte. Da ist es nun interessant, zu erfahren, wie die einzelnen Schüler an ihre Aufgabe herantrafen und mit welchem Urteil sie von der Schule schieden. Auf die Frage: War der Kursus zweckmäßig? ließen unter anderem folgende Antworten ein:

„War nicht nur zweckmäßig, sondern dringend notwendig.“ „War von unzählbarem Wert.“ „Wir aus der Provinz hoffen zum erstenmal Gelegenheit, solche Vorträge zu hören.“

Etwas Verstärktes ist unseren Kollegen vom Verbande noch nicht geboten worden.“

Die Vorträge brachten uns Funktionäre die Elementarbegriffe für die Arbeitersbewegung.

Die Vorträge haben viele schimmernde Fähigkeiten gezeigt.

Der Kursus hat mich erst zum denkenden Mitglied gemacht.“

„Wir haben seither immer gespült, daß uns etwas fehlt.“

Der Kursus hat mir den Weg gezeigt, wie man Lehrstoff systematisch ordnet, gliedert und aufbaut.“

Diese Vorträge sind der Grundstein für unsere gewerkschaftliche Tätigkeit.“

„Eine große Lücke in meinem Wissen ist jetzt ausgefüllt.“

„Der Kursus hat meine Erwartungen weit übertroffen.“

„Mir ist als hätte ich im Flugende mit der größten Gewinnlichkeit ein anderes Dasein gefunden.“

Für weite Wenigkeit war der Kursus direkt Lebensbedürftig. Es in schon seit Jahren hörte, wie dann ein Arbeiter von einem Jahr ins andere dazwischen. Der Wert des Kursus ist außerordentlich.

Mein Geschäftsbereich wurde erweitert, ich finde mich jetzt in der praktischen Arbeit mit mehr Freiheit zurecht.“

Gemeinsam an der Summe des Erfolges übersteigt der Kursus alle anderen Bildungs möglichkeiten im Wert.“

Auf die Frage: Welche Vortragsthemen hatten den größten Wert? wurde von der überwiegenden Mehrheit erklärt, daß die gehörten Themen sich ergänzen und alle gleich wichtig und wertvoll seien. Einige haben jene Vorträge besonders heraus, die für sie persönlich wichtig sind, weil sie auf dem behandelten Gebiete sich befinden (Betriebsprüfung, Vertreter vor Behörden). Wieder andere bezeichneten einen bestimmten Wissenschaftszweig als ihr Lieblingsgebiet und zogen deshalb eine bestimmte Vortragsreihe vor. Man darf aus diesen Antworten den Schluss ziehen, daß der Vortrags mit der Auswahl des Lehrstoffes das Richtige getroffen hat.

Was den Autoren über die Frage: War gegen die Art, wie die Lehrer den Lehrstoff vorgefragten haben, etwas einzurichten? seien hier einige Gedanken festgehalten: Es wird gesagt, die Lehrer hätten

„die Freiheit, Sachlichkeit und logische Ordnung“ vorgebringen.

Es kann, als ob jeder Lehrer für seine Vorträge gekämpft hätte.

Zuletzt der Vorträge sprach der Kollege zum Kollegen als „großer Meister.“

Sehr eindeutig bestimmt wurde die Frage: Was es möglich, das vorgebrachte Material so zu verarbeiten, daß es mit Erfolg weiter bearbeitet werden kann? Es ist ja überauslich, daß nicht alle Schüler mit gleichen Voraussetzungen zur Schule kommen. Bezuglich der Ausdauer, Geschicklichkeit, Erfindungskraft usw. spielen ja die verschiedenen Ursachen eine Rolle, wie Alter, Art der Beschriftung, Geschicklichkeit, leidiger Erziehungswweise, schlechte Versorgung, einfache Verständnis etc. ganz abgesehen davon, daß die Menschen abwechseln können geistig differenzierter sind. Während der eine jüngst, er habe ohne besondere Mühe folgen können, möglicherweise über die Fälle des vorgebrachten Stoffes und die sich daraus können in den Versorgungsgebäuden ergebende Herstellung. Andere sagen, es sei ihnen in den ersten Tagen schwer gefallen zu folgen, dann sei eine Befreiung eingetreten. Das ungemeine Glück ist vielen schwer gefallen.

Diese Erklärungen haben allerlei Weise und Vorwände, die dem Fragesteller entgegenstehen werden. Bevorstellt wird, daß der Vortrag des Lehrers über eine Woche hinweg zu verlangen, die Zahl der täglichen Unterrichtsstunden zu vergrößern, währendlich einen halben freien Tag einzulegen. Diese Gründe sind zweifellos berechting, leider müßten sie vorerst noch nicht berücksichtigt sein. Einmal würden durch eine Verlängerung der Kurse die lehrenden Hauptvertreter berührt und kriegen als letzter schon eine eigene Hauptvertreterfunktion übertragen werden, und dann spielt auch die Bedeutung darum noch eine nicht unerhebliche Rolle. Es wird also vorerst bei der leidigen Regelung blieben müssen.

Wie auch viele Weise werden kann. Neben dem Dank an den Vortrag und die Lehrer für das Gegebene steht eine ganze Fülle von Schätzungen.

„Ich wünsche, daß ein noch größerer Kreis von Mitgliedern in der gleichen Weise geschult wird.“

„Es ist schade, daß nicht jedes Mitglied diese Vorträge hören kann.“

„Es wäre hilfreich Arbeit, wenn das begonnene Werk nicht fortgesetzt würde.“

An anderer Stelle ist bereits von der späteren Auswirkung des Erfolges unserer Verbandschule gesprochen. Tatsächlich zeigen sich Teilerfolge heute schon. So heißt es in einigen Antwortschreiben der Schüler:

„Ich habe wieder neuen Mut zur gewerkschaftlichen Arbeit und Vertrauen zu mir selbst.“

Auch die Kollegen, die mit den Anschauungen des Verbandes nicht immer einverstanden waren, sind durch die Vorträge zu anderer Ansicht gekommen und beteuern es, harte Worte gebraucht zu haben.

Nach meinen Beobachtungen und Ratschlägen mit Kursusteilnehmern ist eine Fülle von Ratschlägen und Vorträgen gegenüber dem Hauptvorstand geschwunden.“

Unsere Verbandschule hat den großen Vorteil, daß sie in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen eine erhebliche Zahl von Funktionären und sonstigen Mitgliedern erschafft und sie mit Rüstung verleiht, das der Gesamtmitgliedschaft wieder zugute kommt. Wurden doch durch die ersten sieben Schulklassen 233 Funktionäre erschafft. Was die Schüler der Verbandschule an Wissensstoff mit nach Hause nehmen, können sie zum Teil sofort und zum Teil nach weiterer Selbststudium bei der gewerkschaftlichen Tagesarbeit praktisch verwerten und mit Erfolg für die Organisation umsehen. Darin liegt die wirklich revolutionäre Bedeutung unserer Schulschafft, daß sie die soziale Entwicklung in ein rascheres Tempo zu bringen vermag und daß der gewerkschaftliche Vormarsch mit einem mehr einheitlichen geistigen Impuls e. folgt als bisher. Und so wird die von Schülern und Lehrern in schöner Harmonie und Selbstdisziplin gemeinsam geleistete innehaltliche Arbeit für die Organisation und damit für die Mitgliedschaft unseres Verbandes reiche Früchte tragen.

## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

#### Gestellungsbefehle für Kaliarbeiter

In der vorigen Nummer des „Proletariers“ haben wir ein Rundschreiben des Thüringischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung veröffentlicht, wonach für das Abhängigkeits 500 Kaliarbeiter ver sucht werden, und dazu kurz die tatsächlichen Verhältnisse im dortigen Gebiet geschildert. Zwischen Scheinen dort nicht nur die Kali-Industriellen, sondern selbst die thüringische Regierung kostlos geworden zu sein. Sowohl wir unterrichtet sind, haben sich die Kali-Industriellen mit einem Antrag an die thüringische Regierung gewandt, um ausländische Arbeiter anwerben zu können. Anscheinend sollen Russen eingeführt werden. Der Antrag ist nicht so ohne weiteres angenommen, sondern wahrscheinlich auf Schwierigkeiten gestoßen. Sehr will die thüringische Regierung den bestehenden Arbeitermangel in der Kali-Industrie selbst, und zwar gründlich, abheben und hat dazu folgende Verfügung erlassen:

In der Vermittlung von Arbeitskräften an die Kali-industrie haben die Arbeitsnachweise vollständig verfagt. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung muß deshalb dazu übergehen, ausländische Arbeiter zu vermitteln, um den Bedarf der Kali-Industrie an Arbeitskräften zu decken. Es geht jedoch nicht an, daß die Fabriken der Erwerbslosenfürsorge weiter an Erwerbslose in Unterstützungen gehabt werden, die sich weigern, in der Kali-Industrie in Arbeit zu treten. Es wird deshalb verfügt: Alle Erwerbslosen sollen sofort durch die Kreisärzte zu untersuchen. Allen Erwerbslosen, die durch kreisärztliche Untersuchung für tauglich zur Arbeit in der Kali-Industrie befunden werden und sich weigern, sich der angewiesenen Arbeitsstelle zur Verfügung zu stellen, ist die Erwerbslosen-Untersuchung zu entziehen. Die Arbeitswilligen sind an den Arbeitsnachweis Vollauf überwiesen.“

Auf Grund dieser Verordnung werden von den Kreisarbeitsnachweisen Thüringens nun folgende Gestellungsbefehle verschickt:

#### Justierung

Lauf Verfügung des Thüringischen Ministeriums für Inneres und Wirtschaft vom 9. Juni 1925 haben Sie sich am ... im Kreis-arbeitsnachweis hier zwecks Feststellung Ihrer Arbeitsfähigkeit zur ärztlichen Untersuchung einzufinden. In dieser Untersuchung haben Sie plakativ und mit reingewaschenem Körper zu erscheinen.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Weitergewährung Ihres Unterstüttung von der ärztlichen Untersuchung abhängig ist. (Justierung mitbringen)

An Herrn ... Der Kreisarbeitsnachweis.

Vorsitzender

Wir haben es höchst weit gebracht, seitdem Hindenburg wieder am Ruder sit. Es ist genau wieder wie früher in der wilhelminischen Zeit, nur mit dem Unterschied, daß damals nur keine Gestellungsbefehle bekommen. Heute wird kein Unterschied mehr gemacht, sondern wohllos werden Familien aneinandergerissen. Die Arbeiter werden genötigt, eingezogen und nach dem Werragebiet verfrachtet. Wenn die Familienangehörigen der in Frage kommenden Arbeiter verhungern und sterben, interessiert das anscheinend die thüringische Landesregierung sehr wenig oder gar nicht. Die Hauptsaite ist, daß der Profit der Aktiengesellschaften nicht gefordert wird. Ob die thüringische Regierung einnd darüber nachgedacht, wie es möglich ist, mit einem Schloßlohn von 4,25 bis 4,50 Mk einen doppelten Haushalt zu führen, wagen wir zu bezweifeln. Den Herrschaften von der thüringischen Regierung wünschen wir — ohne daß sie Arbeit im Werragebiet nehmen und ohne einen doppelten Haushalt zu führen — nur einmal für den Zeitraum eines vierjähriges jeden doppelten Schloßlohn der Kaliarbeiter, dann dürften wohl auch die Verhältnisse im Werragebiet von der Regierung in Thüringen etwas anders beurteilt werden.

Auf den meisten Kaliwerken im Werragebiet ist eine regte Betriebsaktivität vorhanden. Im Baugewerbe ist im dortigen Gebiet Hochkonjunktur, und Firmen aller Branchen und aus allen Ecken Deutschlands sind mit Erweiterungs- und Neubauten auf den Kaliwerken beschäftigt. Die Kali-Industrie konzentriert sich heute im Werragebiet. Zeitungsnotizen zu folge will sich auch die chemische Großindustrie dort niederlassen. Wie wir erfahren, sollen die Höchster Farbwerke Meister, Lucius u. Brüning, Höchster Malz, im Uferland bei Wendelsdorf-Monsbach anfangs Großstädte zum Zwecke der Errichtung einer großen Farbenfabrik erworben haben. Die Angaben scheinen infolge zu treffend, weil in diesem Falle das für die Höchster Farbwerke benötigte Chlorkalium zuverlässig liegen würde. Das gesamte Rhöngebiet scheint amerikanisiert werden zu sollen. Dann werden viele Arbeiter benötigt, die in der dortigen Gegend nicht so ohne weiteres zu beschaffen sind. Weil nun das Angebot an Arbeitskräften unbestimmt minimal ist, sind die Löhne der Bau- und Handarbeiter entsprechend den Verhältnissen im Werragebiet zu erhöhen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kaliarbeiter müssen unter aller Kanone. Mancher wird nun beim Lesen dieser Zeilen auf den Knall kommen und sagen, wenn ich im Baugewerbe mehr verdienen kann, geh ich einfach dorthin. Aber das ist leichter gesagt als getan. Soweit wir unterrichtet sind, haben die dortigen Kaliwerksbesitzer mit den in Frage kommenden Bauunternehmern einen Vertrag abgeschlossen, wonach sich die Bauunternehmer bei Zahlung hoher Konventionalstrafen verpflichten müssen, Kaliarbeiter nicht einzustellen, die den Nachweis nicht erbringen können, daß sie mindestens ein Jahr auf einem Kaliwerk nicht gearbeitet haben. Die Kaliarbeiter sind also auf Gnade und Ungnade den Kaliwerksbesitzern ausgeliefert. Da aber durch diese Maßnahme der Arbeitermangel nicht geheben werden kann, muß die thüringische Regierung eingreifen. Es ist das alte Leid, wo es sich um die Bekämpfung der Arbeiterklasse handelt, gehen Staat und Unternehmung Hand in Hand. Aus Gründen welcher gesetzlichen Bestimmungen die thüringische Regierung diese Verfügung erlassen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die dortigen Verhältnisse sind so skandalös, daß sich unserer Ansicht nach der Reichstag damit beschäftigen muß.

Im Raumwesen und in Mitteldörfland bestehen ähnliche Verhältnisse. Auch hier macht sich starker Arbeitermangel bemerkbar. Auf dem Werke sind gerade noch so viel Arbeiter beschäftigt, um den Sommerbedarf an Kali salzen decken zu können. Die Kaliarbeiter verlassen die Werke und suchen sich besser bezahlte Beschäftigung in anderen Industrien. Das System vom Werkhof ist auch hier zum Teil übernommen. Man hat auf den Werken Baracken gebaut, und jeder Handwerksschüler, der sich in der Nähe des Werkes leben läßt, wird festgehalten.

Auf diesen Lonen wird unter allen möglichen Versprechungen Arbeit auf den Werken eingehoben.

Die Kaliarbeiter sind der Kaliwerke nicht gezwungen, daß sie mindestens ein Jahr auf einem Kaliwerk nicht gearbeitet haben. Die Kaliarbeiter sind also auf Gnade und Ungnade den Kaliwerksbesitzern ausgeliefert. Da aber durch diese Maßnahme der Arbeitermangel nicht geheben werden kann, muß die thüringische Regierung eingreifen. Es ist das alte Leid, wo es sich um die Bekämpfung der Arbeiterklasse handelt, gehen Staat und Unternehmung Hand in Hand. Aus Gründen welcher gesetzlichen Bestimmungen die thüringische Regierung diese Verfügung erlassen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die dortigen Verhältnisse sind so skandalös, daß sich unserer Ansicht nach der Reichstag damit beschäftigen muß.

Die Kaliarbeiter sind der Kaliwerke nicht gezwungen, daß sie mindestens ein Jahr auf einem Kaliwerk nicht gearbeitet haben. Die Kaliarbeiter sind also auf Gnade und Ungnade den Kaliwerksbesitzern ausgeliefert. Da aber durch diese Maßnahme der Arbeitermangel nicht geheben werden kann, muß die thüringische Regierung eingreifen. Es ist das alte Leid, wo es sich um die Bekämpfung der Arbeiterklasse handelt, gehen Staat und Unternehmung Hand in Hand. Aus Gründen welcher gesetzlichen Bestimmungen die thüringische Regierung diese Verfügung erlassen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die dortigen Verhältnisse sind so skandalös, daß sich unserer Ansicht nach der Reichstag damit beschäftigen muß.

Die Kaliarbeiter sind der Kaliwerke nicht gezwungen, daß sie mindestens ein Jahr auf einem Kaliwerk nicht gearbeitet haben. Die Kaliarbeiter sind also auf Gnade und Ungnade den Kaliwerksbesitzern ausgeliefert. Da aber durch diese Maßnahme der Arbeitermangel nicht geheben werden kann, muß die thüringische Regierung eingreifen. Es ist das alte Leid, wo es sich um die Bekämpfung der Arbeiterklasse handelt, gehen Staat und Unternehmung Hand in Hand. Aus Gründen welcher gesetzlichen Bestimmungen die thüringische Regierung diese Verfügung erlassen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die dortigen Verhältnisse sind so skandalös, daß sich unserer Ansicht nach der Reichstag damit beschäftigen muß.

Die Kaliarbeiter sind der Kaliwerke nicht gezwungen, daß sie mindestens ein Jahr auf einem Kaliwerk nicht gearbeitet haben. Die Kaliarbeiter sind also auf Gnade und Ungnade den Kaliwerksbesitzern ausgeliefert. Da aber durch diese Maßnahme der Arbeitermangel nicht geheben werden kann, muß die thüringische Regierung eingreifen. Es ist das alte Leid, wo es sich um die Bekämpfung der Arbeiterklasse handelt, gehen Staat und Unternehmung Hand in Hand. Aus Gründen welcher gesetzlichen Bestimmungen die thüringische Regierung diese Verfügung erlassen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die dortigen Verhältnisse sind so skandalös, daß sich unserer Ansicht nach der Reichstag damit beschäftigen muß.

Die Kaliarbeiter sind der Kaliwerke nicht gezwungen, daß sie mindestens ein Jahr auf einem Kaliwerk nicht gearbeitet haben. Die Kaliarbeiter sind also auf Gnade und Ungnade den Kaliwerksbesitzern ausgeliefert. Da aber durch diese Maßnahme der Arbeitermangel nicht geheben werden kann, muß die thüringische Regierung eingreifen. Es ist das alte Leid, wo es sich um die Bekämpfung der Arbeiterklasse handelt, gehen Staat und Unternehmung Hand in Hand. Aus Gründen welcher gesetzlichen Bestimmungen die thüringische Regierung diese Verfügung erlassen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die dortigen Verhältnisse sind so skandalös, daß sich unserer Ansicht nach der Reichstag damit beschäftigen muß.

Die Kaliarbeiter sind der Kaliwerke nicht gezwungen, daß sie mindestens ein Jahr auf einem Kaliwerk nicht gearbeitet haben. Die Kaliarbeiter sind also auf Gnade und Ungnade den Kaliwerksbesitzern ausgeliefert. Da aber durch diese Maßnahme der Arbeitermangel nicht geheben werden kann, muß die thüringische Regierung eingreifen. Es ist das alte Leid, wo es sich um die Bekämpfung der Arbeiterklasse handelt, gehen Staat und Unternehmung Hand in Hand. Aus Gründen welcher gesetzlichen Bestimmungen die thüringische Regierung diese Verfügung erlassen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die dortigen Verhältnisse sind so skandalös, daß sich unserer Ansicht nach der Reichstag damit beschäftigen muß.

Die Kaliarbeiter sind der Kaliwerke nicht gezwungen, daß sie mindestens ein Jahr auf einem Kaliwerk nicht gearbeitet haben. Die Kaliarbeiter sind also auf Gnade und Ungnade den Kaliwerksbesitzern ausgeliefert. Da aber durch diese Maßnahme der Arbeitermangel nicht geheben werden kann, muß die thüringische Regierung eingreifen. Es ist das alte Leid, wo es sich um die Bekämpfung der Arbeiterklasse handelt, gehen Staat und Unternehmung Hand in Hand. Aus Gründen welcher gesetzlichen Bestimmungen die thüringische Regierung diese Verfügung erlassen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die dortigen Verhältnisse sind so skandalös, daß sich unserer Ansicht nach der Reichstag damit beschäftigen muß.

Die Kaliarbeiter sind der Kaliwerke nicht gezwungen, daß sie mindestens ein Jahr auf einem Kaliwerk nicht gearbeitet haben. Die Kaliarbeiter sind also auf Gnade und Ungnade den Kaliwerksbesitzern ausgeliefert. Da aber durch diese Maßnahme der Arbeitermangel nicht geheben werden kann, muß die thüringische Regierung eingreifen. Es ist das alte Leid, wo es sich um die Bekämpfung der Arbeiterklasse handelt, gehen Staat und Unternehmung Hand in Hand. Aus Gründen welcher gesetzlichen Bestimmungen die thüringische Regierung diese Verfügung erlassen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die dortigen Verhältnisse sind so skandalös, daß sich unserer Ansicht nach der Reichstag damit beschäftigen muß.

besiegeln und. Unterer Ansicht nach ist es nur möglich durch Anpassung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse an andere Industrien. Soweit wir die Kaliindustrie kennen, werden diese von sich aus die Initiative dazu nicht ergreifen. Es wird weiter ausgespielt bis zum Zollmabbaus. Ob dieses im Interesse der Volkswirtschaft im allgemeinen und der Kaliindustrie im besonderen liegt, ist eine Frage, deren Beantwortung wir den Kaliindustriellen überlassen.

Jeder vernünftige Mensch wird sich nun fragen, wie ist denn nur so etwas in der Kaliindustrie möglich? Diese Frage aufzuwerfen, heißt dieselbe auch beantworten. Hierbei können wir nicht umhin auch den Kaliarbeitern, die es angeht, und zwar unseren Genossen von der linken Fakultät, welche durch ihre Vornterheit dazu begegnet haben, den Boden für solche Verhältnisse zu schaffen, einen Teil der Schuld an den bestehenden Verhältnissen zuzuprechen. Durch die Befreiung der Moskauer Parolen sind die Gewerkschaften ganz erheblich geschwächt. Nur daran ist es zurückzuführen, daß solche Verhältnisse eintreten konnten. Die Kaliarbeiter haben zwar aus den Vorgängen der letzten Zeit gelernt, aber in organisatorischer Beziehung ist es immer noch nicht so, wie es sein sollte. Der kommunistische Einfluß ist zwar überall gebrochen und der revolutionär schmeckende Phrasentummiel als das Gegenteil vom wirklichen Klassenkampf erkannt, aber die Schäden, die der wirtschaftliche Zusammenbruch auf der einen und die kommunistische Heze gegen die Gewerkschaften auf der anderen Seite verursacht haben, sind noch lange nicht ausgelöscht.

Diese Schäden wieder gutzumachen, muß jetzt Aufgabe eines jeden Kaliarbeiters sein. Ist dieses Ziel erreicht, dann werden auch in der Kaliindustrie andere Verhältnisse Platz greifen. wh.

### Die Gummihäuse.

Selbst einigen Wochen liegen die Gummipreise. Hatte man noch vor kurzem für Rubber (handelsübliche Bezeichnung für Gummi) pro lb (englisches Pfund = 354 Gramm) 1,50 Mk. gezahlt, so haben sich die Preise sehr schnell verdoppelt, so daß der Gummipreis heute bis 30 und 40 Prozent über Kriegsstand liegt.

Woher kommt diese auffällende Preissteigerung? Ohne Zweifel muss das Verhältnis von Angebot und Nachfrage irgendwie gefördert worden sein. Das ist auch der Fall; denn die Weltproduktion 1924 blieb mit nicht ganz 400 000 Tonnen hinter dem Weltbedarf zurück, der zirka 500 000 Tonnen ausmachte. Diese Entwicklung entspricht keineswegs den tatsächlichen Produktionsmöglichkeiten und hat eine sehr interessante Vorgeschichte. Um 1900 herum war der Rubberbedarf der Welt gering. Erst mit Entwicklung des Automobilismus und der Gummindustrie stellte sich eine große Nachfrage nach Gummi und damit natürlich eine ganz empfindliche Preissteigerung ein. Der Gummipreis stieg damals zeitweise bis auf 12 Mk. Hauptförderer waren damals noch die Wälder Brasiliens. Hier wurde eine Art wilde Produktion getrieben, die den Bedarf niemals decken konnte. Das wurde anders, als England und Holland unter Einfluß der steigenden Gummipreise in ihren Kolonien große Rubberplantagen anlegten und die Produktion plausibel betrieben. Der Erfolg war eine Überschüssezeugung an Gummi und sinkende Gummipreise, die im Jahre 1914 den Tiefstand von 2,25 Mk. erreichten. Der Krieg mit seinem ungeheuren Gummibedarf steigerte die Produktion an Gummi ganz bedeutend. Sie stieg von 1914 bis 1920 jährlich von 100 000 Tonnen auf 350 000 Tonnen. 1923 wurde die Jahresproduktion von rund 400 000 Tonnen erreicht. Diese starke Steigerung drückte natürlich auf den Preis, und so war Gummi fast das einzige Weltmassengut, das in seinem Preis hinter dem Kriegsstand zurückblieben war.

Dagegen leistete England eine Politik der Beschränkung der Gummiezugung ein, und zwar wurde unter der Ministerpräsidentenschaft Lloyd Georges der sogenannte Stevensonsplan durchgeführt, der eine Drosselung der Rubberproduktion vorsah. In Auswirkung dieser Drosselung ist der Weltverbrauch, der schon 1919 über die Welle stieg und 1920 um rund 30 000 Tonnen über den Ertrag der Weltrente lag, 1924 um mehr als 70 000 Tonnen größer als das Ergebnis der Ernte. Die Engländer hatten somit das Mittel der Einschränkung der Produktion in der Hand, um den Gummipreis zu steigern. Zwischen England und dem Hauptgummiverbraucher der Welt, Amerika, entwickelte sich nun ein heftiger Kampf, der darin in Erscheinung trat, daß England den Preis blästerte, Amerika diesen aber nicht zahlen wollte und mit dem Kauf zurückwich. Das Ergebnis war der gedrückte Rubberpreis bis Mitte April 1925. Der Preiskampf hat sich nun, wahrscheinlich unter Einfluß großer Käufe Deutschlands, zugunsten der Engländer und der Rubbergroßproduzenten entschieden. Die Rubberpreise steigen. Die Gummiverbrauchsändern betrachten aber den Ausgang des Kampfes mit sehr gemischten Gefühlen, da anzunehmen ist, daß die Rubbergroßteilungspolitik in den nächsten Jahren zu weiteren empfindlichen Preissteigerungen auf dem Gummimarkt führen muß.

### Papier-Industrie

#### Volkswirtschaftlicher Bildschirm.

Die Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse in Dresden verleiht seit einiger Zeit ihre bekannten Flugschriften auch an die Betriebsräte der Papiererzeugungs-Industrie. Der Zweck dieser Flugschriften ist: Gedankenkonkurrenz Arbeitnehmer den Gewerkschaftsorganisationen absperrig und den Wünschen der Unternehmer auf verlängerte Arbeitszeit und niedrige Löhne gestrig zu machen.

Es handelt sich bei dieser Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse um einen Ableger des Deutschen Industrie-Schutzbundes, jener Arbeitgeber-Organisation, in der sich ein Teil der deutschen Arbeitgeber gegen Streiks und Aussperrungen verzichert.

Die von dieser Gesellschaft versandten Flugblätter sind derartig gesättigt, daß sie mit volkswirtschaftlichen Kenntnissen wirklich nichts zu tun haben und von einigermaßen denkenden Arbeitern viel eher als volkswirtschaftlicher Bildschirm bewertet werden. Dafür einige Beispiele:

In dem Flugblatt Nr. 27, befehlt: Kapitalisten und Unternehmer", heißt es zu Beginn des Flugblattes:

Neffe: Wie soll man mit dem Hungerlohn bei den feinen Preisen auskommen? Es wird höchste Zeit, daß endlich einmal ordentlich ausgerottet wird! Die ganze kapitalistische Gesellschaft muß ausgerottet werden. Das finsturige Kapital, das uns ausbeutet, muß verschwinden.

Onkel: Du hast recht. Mit dem Lohn kommt man kaum aus, aber wie soll er dadurch höher werden, daß das Kapital verschwindet, und wer soll eigentlich ausgerottet werden?

Hoff am Ende des Flugblattes erwidernd der Onkel seinem Neffen folgendes:

Ja, morin liegt dann der Unterschied? Wo ist die Grenze zwischen kleinen und großen Kapitalisten? Und die Grenze verläuft sich überdies täglich, weil im Laufe der Generationen an den kleinen meist mittler und schließlich oft große Kapitalisten werden. Bei einer mittleren Verzinsung verdoppelt sich das Kapital, wenn die Zinsen nicht verbunden, sondern zugezögert werden, in etwa 15 Jahren. Die Kinder des sparenden Arbeiters haben dann schon oft einen guten Anfang und die Tochter einen noch besseren. Und das ist ja überhaupt häufig der Antrieb zum Sparen. Also spare, mein Sohn, und lass dich durch nichts und niemanden abhalten, in die verhafte Klasse der Kapitalisten einzutreten!

Abgesehen von dem schändhaften Deutsh, in dem diese Flugblätter zum Teil geschrieben sind, bleibt es das Rätsel des Unternehmer-Syndikus Gräßner, wie der Neffe, dem sein Onkel selbst zugesetzt, daß mit dem Lohn kaum auszukommen ist, noch sparen

soll, um in die Klasse der Kapitalisten einzutreten. Derartige Sparmaßnahmen kann man wohl anderen erzählen, erwachsene und denkende Arbeiter — und zu solchen rechnen wir die Betriebsräte — sollte man mit derartigen volkswirtschaftlichen Späßen verschonen.

Dieser volkswirtschaftliche Bildschirm wirkt noch krauter, wenn man folgende Schie in der Flugschrift Nr. 22, befehlt: Preisabbau-Aktion der Republik und Arbeiter-Gesetzgebung ließ, und in der der Herr Volkswirt Gräßner folgende Auffassung vertreibt:

Man kann nicht den Lohn für die Arbeit mit einem anderen Maße messen, als den Preis für die Waren.

Dennach müssen und die mit den Preisen fest zusammen verwebten Löhne gesenkt werden, wenn eine Senkung der Preise erzielt werden soll. Die gegenwärtige Arbeiter-Gesetzgebung schließt aber eine allgemeine Senkung der Löhne aus, denn nach auch eine allgemeine Preissenkung.

Aber, mit dem Lohn kommt man, nach Gräßner in seinem Flugblatt Nr. 27, heute kaum aus, trotzdem aber soll der Kasse noch parieren, um Kapitalist zu werden. Da nach dem Flugblatt Nr. 22 einer Preislenkung eine Lohnsenkung vorausgehen muss, bleibt es das Geheimnis des Herrn Volkswirt Gräßner, wie der spätere Kasse auch dann noch Kapitalist werden soll, nachdem man ihm den kaum zum Leben ausreichenden Lohn noch mehr verkürzt. Ja, selbst wenn diese Theorie richtig wäre und der Lohnsenkung eine Preislenkung folgen würde, wo blieben dann noch die überflüssigen Löhne, welche mit denen der Anfang zum Kapitalisten gemacht werden könnte? Am Schluss seiner Flugschrift Nr. 22 bemerkt Herr Gräßner:

Das alledem ergibt zur Evidenz, daß zum Preisabbau unbedingt die Befreiung aller Hemmnisse nötig ist, die sich der Produktion aus den Bestimmungen der Arbeiter-Gesetzgebung entgegenstellen. Zu den Hemmnissen gehört vor allem die Beschränkung der Freiheit des Arbeitgebers, mit dem von ihm beschäftigten Arbeitern die Löhne selbst ohne fremden Einfluß vereinbaren zu können. Dazu wird auch die Konkurrenz der Arbeitgeber unter sich wieder möglich. Die Steigerung der Warenpreise durch Kartelle, Konventionen usw. ist dann nicht mehr nötig und möglich, und der überall ersehnte Preisabbau wird sich von selbst vollziehen. Preisabbau verlangen bedeutet nichts anderes, als Aufhebung der neuen Arbeitergesetzgebung verlangen.

So, nun ist das Rätsel gelöst, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Also Abhängigkeit der Arbeitergesetzgebung und Verbesserung der Gewerkschaften. Der Arbeitgeber soll berechtigt sein, die heute bestehenden Hungerlöhne noch mehr zu verkürzen, dafür aber die Arbeitszeit ins unermöglich zu verlängern. Dafür werden dann die Arbeitgeber die Preise abbauen, und der Arbeiter hätte dann zwar keine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage erreicht, sich aber der Gewalt der Unternehmer vollständig ausgeliefert.

Eine beratige volkswirtschaftliche Weisheit ist wirklich etwas anderes als einmal. Recht volkswirtschaftlich betrachtet, führen nicht niedrige Löhne und lange Arbeitszeit, sondern umgekehrt hohe Löhne und eine nicht übermäßig ausgedehnte Arbeitszeit zur Steigerung der Produktion und zum volkswirtschaftlichen Wohlstand. Diese Tatsache haben die Unternehmer des Auslandes längst begriffen. Wir verweisen nur auf die 100—500 Prozent höheren Löhne der holländischen, französischen und amerikanischen Arbeiter. Die dortigen Arbeitgeber haben sehr wohl begriffen, daß durch hohe Löhne die Kaufkraft der breiten Volksmehrheit gestärkt wird und daß diese gestärkte Kaufkraft ganz systematisch eine erhöhte Produktion nach sich zieht.

Die Tatsache, daß durch gesteigerte Produktion mit Hilfe langer Arbeitszeit und niederen Löhnen die Rentabilität der Betriebe nicht

herbeigeführt wird, müssen zur Zeit die Unternehmer des deutschen Bergbaus erfahren. Herrn Gräßner wäre es ein leichtes, sich im Ruhegebiet davon zu überzeugen, daß heute ungeheure Mengen von Kohlen auf den Halben liegen, daß die Betriebe geschlossen und tausende deutscher Bergarbeiter rücksichtlos auf die Straße geworfen werden. Die Erscheinungen sind eingetreten, nachdem die Bergbau-Industriellen und die ganze deutsche bürgerliche Öffentlichkeit jahrelang über die Faulheit der Bergarbeiter geklagt hat, nachdem man die Bergarbeiter gezwungen hatte, unzählige Überstunden zu verfahren und nachdem man dem deutschen Volke immer wieder vorgeauft hatte, daß nur erhöhte Arbeitszeit und dadurch bedingte Steigerung der Produktion uns noch retten könne. In Wirklichkeit sind es ganz andere Gründe, die zur Überproduktion im Bergbau geführt haben, nicht zuletzt ist einer der Hauptgründe die mangelnde Kaufkraft des deutschen Volkes.

Trotz wahrer Hungerlöhne und trotz 12stündiger Arbeitszeit waren die deutschen Zeitungsdruktpapiere Fabrikanten vor dem Kriege gezwungen, ihre Betriebe zu 30 Prozent stillzulegen und die Produktion künstlich zu erdrücken. Waren die volkswirtschaftlichen Kenntnisse des Herrn Gräßner richtig, so müßte die gegenwärtige Ercheinung eingetreten sein und die Betriebe hätten statt eingeschränkt, noch erweitert werden müssen.

Mit solchen wirtschaftlichen Kenntnissen dürfte Herr Gräßner kaum noch einen Hund hinter dem Ofen hervorlocken können. Die Betriebsräte und Arbeiter, die seine Flugschriften zugesandt erhalten, werden mit uns der Meinung sein:

Hilf dich vor falschen Freunden, gegen deine wahren Feinde aus dem Unternehmerlager kannst du dich mit Hilfe deiner starken Gewerkschafts-Organisation selber wehren! G. Stühler.

### Streik der Landquarter Papierarbeiterkraft.

Die seit Monaten laufende Bewegung kam Ende Mai in das entscheidende Stadium. Nachdem in direkten Verhandlungen mit der Firma wie bei den Verhandlungen vor dem Eingangssamt in Chur nicht die geringste allgemeine Lohnherhöhung zugesandt wurde, batte die Papierarbeiter-Konferenz gründlich Kampfauslösung beschlossen und den Landquarter Papierarbeiter ihre volle Solidarität ausgesprochen.

Sonntag, den 31. Mai (Pfingstsonntag), fand eine von rund 120 Personen besuchte Versammlung statt, die Stellung zur Papierarbeiter-Konferenz und deren Resultat nahm. Nach entgegengenommenen Reden wurde mit 103 gegen 15 Stimmen in geheimer Abstimmung die sofortige Auslösung des Kampfes beschlossen.

Montag darauf wurden noch einige wichtige Arbeiten im Betrieb bewilligt, um größeren Materialbedarf zu verhindern. Dienstag 31. Uhr, beim schönsten Tagesanbruch, wurde von zwei Kollegen Lagoach gebeten, worauf in kurzer Zeit alle Posten mobil wurden, um die Kollegen der ersten Schicht von der Streikauslösung zu benachrichtigen. Niemand mußte zurückgehalten werden, alles war von der Auslösung des Kampfes befriedigt.

Gleichzeitig traf die Arbeiterschaft der Fabrik Rogaz in den Ausland, an dem jetzt 250 Personen beschäftigt sind. Krankenversorgung wird durchgeführt, um von Anfang an mit den vorhandenen Mitteln richtig wirtschaften zu können.

Jeder Zugang nach Landquart ist fernzuhalten. Es betrifft dies nicht nur Papierarbeiter, sondern auch Berufsarbeiter wie Schlosser, Heizer, Elektriker usw.

Sekretariat des Verbandes der Papier- und graphischen Hilfsarbeiter der Schweiz.

### Industrie des Eisels und Ordens

#### Gewinnseggen in der Zement-Industrie.

Die Geschäftsaufschlüsse der Zement-Industrie liegen jetzt größtenteils vor und stellen das Barometer dar, das anzeigen, wie die Zement-Industrie in aufsteigender Linie sich bewegt.

Als wirtschaftlich durchaus erfreuliche Tatsache kann gebucht werden, daß die in der Inflationszeit sich immer mehr

und mehr verflächende Substanz nach der Marktkrisisierung wieder verdichtet und als kristallisiertes Gold ihren Niederschlag fand. Auch durfte es die Zement-Industrie nicht unangenehm empfunden haben, daß die dauernde Leitung von der Substanz dieser absolut nichts geschadet hatte. Als Kapital steht diese Substanz fester und größer als vor dem Kriege da.

Nachstehende Zahlen veranschaulichen die Lage der Zement-Industrie.

#### Geschäftsaufschlüsse in der Zement-Industrie für das Jahr 1924.

Firma	Kohlgewinn	1. Unfostenrechnung 2. Reparatur	Rücklagen	Steuern	Zinsen	Wertschöpfung	Reingewinn	Dividende	Tanzen	Wohlfahrtsfonds	Neue Rechnung
Borwohler Portland-Zement-A.-G., Hannover . . .	361538,33	1. 47745,10 2. 47242,92	—	66617,58	1203,43	104523,10	114203,20	6,0	—	—	—
Portland-Zement-A.-G., Germania . . .	1023714,87	—	—	63868,85	—	352628,85	607216,87	10,0	—	—	—
Norddeutsche A.-G., Münster . . .	—	—	—	—	—	—	—	10,0	—	—	—
Hannoversche A.-G. . .	1089227,58	664193,99	—	—	—	223988,35	201050,24	5,0	11556,—	12000,—	40534,—
Leontonia, Münster . . .	—	—	—	—	—	—	240676,—	6,0	—	—	—
Vereinigte Harzer in Elbingerode . . .	509000,—	—	—	—	—	—	183000,—	6,0	—	—	—
Sächs.-Thüring. Prüfung & Co. . .	1196015,88	340217,80	100000,—	—	—	362132,81	308665,47	8,0	33668,—	—	23217,47
Saxonia-A.-G. in Glashütte . . .	483890,97	203455,18	—	—	—	102980,52	187454,27	8,0	5759,54	—	6234,78
Wier-A.-G., Berlin . . .	—	—	16602,—	—	—	—	286107,—	6,0	—	—	13137,—
Schlesische A.-G., Großschw. b. Oppeln . . .	2495397,16	1. 747823,58 2. 373646,65	—	—	—	770000,—	604226,96	6,0	53256,15	—	45370,78
Vereinigte Werke Schmitzsch-Wileja und Frankenförde . . .	2545276,—	403235,—	—	2386,69,—	—	938469,—	944958,—	7,5	96897,—	—	57956,—
Heidelberg, A.-G., Mannheim-Stuttgart . . .	3382715,21	1. 913448,40 2. 265196,61									

